

Die Kampagne wird getragen von:



Unterstützen Sie Deserteur*innen, Verweiger*innen aus Russland, Belarus und der Ukraine.

Die eingehenden Spenden werden wir ausschließlich für die Arbeit mit den Deserteur*innen und Verweiger*innen verwenden und damit die in diesem Flyer beschriebenen Arbeitsbereiche finanzieren. Wir haben für diesen Zweck ein eigenes Spendenkonto bei Connection e.V. eingerichtet.

IBAN DE47 5055 0020 0006 0853 77
Sparkasse Offenbach, BIC HELADEF10FF

Spenden können Sie auch online über www.Connection-eV.org/StopWarUkraineDonation

Spenden sind steuerlich abzugsfähig. Für eine Spendenquittung bitten wir um Angabe Ihrer Adresse. Herzlichen Dank für Ihre Unterstützung.

Connection e.V., Von-Behring-Str. 110, 63075 Offenbach, Tel.: 069 82 37 55 34
office@Connection-eV.org

Mehr Infos unter www.Connection-eV.org/ObjectWarCampaign
ViSdP: Rudi Friedrich, www.Connection-eV.org. Fotos: ***



www.Connection-eV.org



#OBJECT WAR CAMPAIGN



- Russland
- Belarus
- Ukraine

#ОткажиВойне #ВідмовВійні

Solidarität mit allen, die sich dem Krieg verweigern

Deserteure und Verweigerer aus Russland, Belarus und der Ukraine brauchen unsere Unterstützung.

Russische Verweigerer werden in Asylverfahren abgelehnt, in der Ukraine werden Kriegsdienstverweigerer zu langjährigen Haftstrafen verurteilt. Über 100 Organisationen aus über 20 Ländern zeigen ihre Solidarität und setzen sich für diese Menschen ein. Sie fordern anlässlich des Krieges in der Ukraine: Schutz und Asyl für Kriegsdienstverweigerer und Deserteure aus Russland, Belarus und Ukraine. Das Menschenrecht auf Kriegsdienstverweigerung muss gerade auch in Kriegszeiten Gültigkeit haben.

Was wir tun

Stand: September 2023

Information und Beratung: Über einen Telegram-Kanal und eine Beratungshotline beantworten wir Fragen von betroffenen Kriegsdienstverweigerern und Deserteuren: Connection e.V. на русском: t.me/connection_ev, +49 157 824 702 51, eMail-Adresse get.out.2022@gmx.de in Russisch, Englisch und Deutsch.

Europäisches Netzwerk: Mit Kontakten nach Finnland, Litauen, Georgien, Ukraine, Russland sowie vielen westeuropäischen Ländern konnten wir ein Netzwerk aufbauen. Ziel ist es, den Betroffenen Beratung und Unterstützung zu geben, damit sie Schutz und Asyl erhalten und eine neue Perspektive entwickeln können.

Aktionswoche #ObjectWarCampaign Dezember 2023: Zum Internationalen Tag der Menschenrechte rufen 30 Organisationen zu Aktionen und Veranstaltungen auf. Sie fordern offene Grenzen sowie Schutz und Asyl für Verweigerer und Deserteure. Machen Sie mit! Eine Übersicht finden Sie unter www.objectwarcampaign.org.

Arbeit der Gruppen finanziell unterstützen: Wir fördern die Gruppen des europäischen Netzwerkes insbesondere aus den am Krieg beteiligten Ländern, die Verweigerer und Deserteure unterstützen. So zum Beispiel das Projekt „NO means NO“ der belarussischen Organisation Nash Dom, die Ukrainische Pazifistische Bewegung, die Bewegung zur Kriegsdienstverweigerung in Russland und act4transformation, die in Georgien eine Beratungsstelle betreibt.

Wir sagen Danke an alle, die sich bereits an der Spendenaktion beteiligt haben. Es sind so bislang 200.000 € für diese Arbeit eingegangen. Etwa 160.000 € haben wir inzwischen vor allem für die Unterstützung der Gruppen des Netzwerkes aufgewandt und können so deren Arbeit nachhaltig absichern. Wir danken auch für die Förderung des Projektes durch PRO ASYL.

„Ich verstehe nicht, wie man in die Ukraine gehen kann, um dort zum Mörder zu werden und Blut an den Händen zu haben.“

Maxim, Russland

Mehr Infos unter:



www.objectwarcampaign.org

Kriegsdienstverweigerung in Russland, Belarus und Ukraine

In den drei Ländern existieren unterschiedliche Regelungen zu Wehrpflicht, Recht auf Kriegsdienstverweigerung, Militärdienstentziehung und Desertion. Russland und Belarus halten sich nicht an internationale Vorgaben. Die Ukraine hat das Recht auf Kriegsdienstverweigerung mit Kriegsbeginn ausgesetzt.

In **Russland** und **Belarus** ist ein Antrag nur bis zur Einberufung möglich. Es gibt kein Recht auf Kriegsdienstverweigerung für Reservisten und Soldaten, also auch nicht für die, die von einer Mobilmachung betroffen sind.

In den **Separatistengebieten** wird zwangsrekrutiert. Es gibt kein Recht auf Kriegsdienstverweigerung. Verweigerer werden an die Front geschickt oder inhaftiert.

Die **Ukraine** hat bereits einige Kriegsdienstverweigerer zu mehrjährigen Haftstrafen verurteilt.

Gerade im Falle eines Krieges ist das Menschenrecht auf Kriegsdienstverweigerung ein hohes Gut und muss gewährleistet werden. Niemand darf dazu gezwungen werden, gegen seine Überzeugung Kriegsdienst zu leisten.

Im ersten Jahr des Krieges haben sich Hunderttausende Männer und Frauen auf allen Seiten dem Kriegsdienst entzogen. Russische und belarussische Verweigerer fliehen vor allem nach Kasachstan, Georgien oder Armenien. Ukrainische Verweigerer sind häufig nach Westeuropa gegangen.

„Wenn ein Krieg droht, ist es besser, alles fallen zu lassen.“
Igor, Belarus

Schutz und Asyl bei Kriegsdienstverweigerung und Desertion

Immer mehr Menschen in Russland und Belarus wollen sich am völkerrechtswidrigen Krieg gegen die Ukraine nicht beteiligen. Auch in der Ukraine gibt es Kriegsdienstverweigerer. Was passiert, wenn sie in Deutschland Asyl beantragen? Der Grundsatz der Rechtsprechung ist: Verfolgung und Bestrafung für eine Verweigerung wird als legitimes staatliches Handeln eingestuft. Wer nur deswegen Strafverfolgung zu befürchten hat, erhält kein Asyl.

Die deutsche Bundesregierung hatte zugesagt, dass russische Deserteure Flüchtlingschutz erhalten sollen. Anfang 2023 erhielten wir allerdings die ersten ablehnenden Bescheide des Bundesamtes für Migration. Es betraf Verweigerer, die sich frühzeitig den Rekrutierungen entzogen hatten und daher als Militärdienstentzieher gelten. Es zeigt sich, dass die bisherige Zusage der Bundesregierung völlig unzureichend ist.

Auch in der Ukraine gibt es Kriegsdienstverweigerer, die sich nicht an den Kämpfen beteiligen wollen. Für alle gilt, dass das Menschenrecht auf

„Für mich ist das Wichtigste, dass die Menschen nicht sterben.“
Alexej, Ukraine

Kriegsdienstverweigerung, wie es der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte 2011 festgestellt hat, Gültigkeit haben muss. Wenn dieses Recht verletzt wird,

müssen sie als Flüchtling geschützt werden. Der derzeitig befristet gewährte humanitäre Aufenthalt ist kein dauerhafter Schutz.